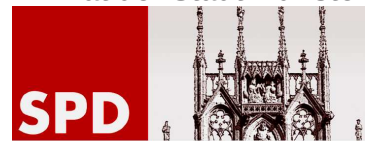


Antrag
Zur sofortigen Beschlussfassung

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster**



10.06.2008

Münzstr. 15
48143 Münster
Telefon: 0251/ 45 314
Fax: 0251/ 511 750
spdfrak@muenster.de
www.spd-muenster.de

Münster braucht die Arbeitslosenberatung und die Arbeitslosenzentren – Weiterarbeit gewährleisten!

Der Rat der Stadt Münster möge beschliessen:

1. Im städtischen Haushalt werden für das Jahr 2008 überplanmäßig 20.000 Euro zur Verfügung gestellt, um die Fortsetzung der Arbeitslosenberatung im CUBA, das Arbeitslosenzentrum MALTA sowie das von KAI e.V. und Begegnungsstätte Sprickmannstr. e.V. getragene Arbeitslosenzentrum in Kinderhaus sicher zu stellen.
2. Die Mittel sind mit einem Sperrvermerk zu versehen; eine mögliche Weiterfinanzierung durch das Land NRW ist prioritär.
3. Falls sich das Land aus der Mitfinanzierung der Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen zurückzieht, legt die Verwaltung bis zur nächsten Ratssitzung am 27.08.2008 ein Konzept vor, wie die wichtige Arbeit der unabhängigen Beratungsinstitutionen dauerhaft aufrecht erhalten werden kann. Entsprechende Mittel sind bei der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2009 zu berücksichtigen.

Begründung:

Die Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen sind für arbeitslose Menschen in Münster als unabhängige Beratungsinstitutionen von großer Bedeutung und arbeiten bereits seit längerer Zeit an der Belastungsgrenze. Mehrere Tausend Ratsuchende nehmen jährlich die Beratung in Anspruch und bescheinigen den BeraterInnen in einer Befragung hohe Beratungskompetenz, gute fachliche Qualität und die Notwendigkeit des Angebotes.

Nachdem das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW landesweit einen Förderstopp zum 30.09.08 angekündigt hat und derzeit keine Aussicht auf Verlängerung der Mitfinanzierung durch das Land erkennbar ist, muss für das Jahr 2008 ff. eine Weiterfinanzierung zur Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung erfolgen. Die Zielsetzung des Landesarbeitsministers NRW, die Beratungsstellen ausschliesslich in die kommunale (Finanzierungs-)Verantwortung zu übergeben, wird

als verantwortungslose Landespolitik gegenüber Hilfebedürftigen und Kommunen betrachtet.

Beanka Ganser
Wolfgang Heuer
Anika Bergner
Hedwig Chudziak
Philipp Gabriel
Anne Hakenes
Marianne Hopmann

Ralf Hubert
Dr. Michael Jung
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Kurt Pölling
Karsten Rahn

Udo Reiter
Anne Schulze Wintzler
Joachim Tonn
Beate Vilhjalmsson
Holger Wigger
Karl-Heinz Winter